



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

„Jetzt ist Griechenland am Zug!“

Angela Merkel setzt weiter auf eine Einigung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hält trotz der stockenden Verhandlungen mit der griechischen Regierung und den internationalen Gläubigern eine Einigung im Schuldenstreit mit Griechenland weiter für erreichbar. Voraussetzung für weitere internationale Finanzhilfen sei aber, dass die neue Regierung in Athen die im Februar zugesagten Reformen und ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den internationalen Gläubigern einhalte, betonte sie in ihrer Regierungserklärung.

„Wenn die politisch Verantwortlichen in Griechenland diesen Willen aufbringen, dann ist eine Einigung mit den drei Institutionen immer noch möglich“, sagte Merkel mit Blick auf das am 30. Juni auslaufende zweite Hilfsprogramm für Griechenland, und fügte hinzu: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Zudem verwies die Bundeskanzlerin darauf, dass Griechenland in den vergangenen fünf Jahren ein beispielloses Maß an europäischer Solidarität zuteil geworden ist. Allerdings habe das Land die dadurch gewonnene Zeit nicht genutzt, sondern die notwendigen Strukturreformen immer wieder verschleppt. Dennoch seien die Bemühungen Deutschlands weiter darauf gerichtet, dass Griechenland in der Eurozone bleibt. Zugleich machte die Kanzlerin deutlich, dass die Eurozone inzwischen gestärkt sei und Europa heute ganz anders mit der Lage in Griechenland fertig werde, als noch vor fünf Jahren. „Europa ist unstrittig robuster geworden.“

Auch Gunther Krichbaum verwies in seiner Rede darauf, dass die Ansteckungsgefahren, die von einem möglichen „Grexit“ ausgehen könnten, heute durch

eine Vielzahl von Maßnahmen der letzten Jahre beherrschbar wären. Gunther Krichbaum stellte in der Debatte klar: „Soll tatsächlich eine erfolgreiche Rettung erfolgen – was wir uns alle parteiübergreifend wünschen –, dann muss die Regierung in Athen eine 180-Grad-Wende vollziehen. Wir sind hier weder im Kasino noch auf einem Basar. Deswegen muss auch die linksradikale Regierung in Athen folgende zentralen Fragen beantworten: Ist Griechenland bereit, seine hohen Staatsausgaben zu reduzieren? Ist das Land bereit, ein funktionierendes Steuersystem – insbesondere auch, was den Steuervollzug angeht – auf die Beine zu stellen?“

Wie die Bundeskanzlerin, so verwies auch Gunther Krichbaum darauf, dass die Eurorettungspolitik der letzten Jahre sehr erfolgreich gewesen sei. Irland, Portugal und Spanien haben ihre Unterstützungsprogramme erfolgreich und zeitgerecht beendet. Sie stehen heute wieder auf eigenen Beinen. Auch in Zypern sind gute Fortschritte zu beobachten, auch wenn hier durch die besonders engen Verbindungen zu Griechenland noch nicht alle Gefahren überwunden sind. Auch Griechenland sei auf dem richtigen Weg gewesen bis es die Neuwahl in Griechenland gab und damit eine linksradikale und rechtspopulistische Regierung ans Ruder kam. In Griechenland gab es drei Quartale hintereinander mit Wirtschaftswachstum und es gab wieder einen sogenannten Primärüberschuss.

Die gesamte Rede von Gunther Krichbaum kann auf dem Internetangebot des Deutschen Bundestages unter <http://dbtg.tv/fvid/5266047> gesehen und gehört werden. ■

Steuerliche Entlastung für Familien

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat das Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschlossen. Dank des haushaltspolitischen Konsolidierungskurses der letzten Jahre haben wir jetzt die Spielräume, um die Familien um mehr als 5 Mrd. Euro zu entlasten. Mit dem Gesetz werden der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag angehoben. Ersterer steigt für das laufende Jahr von 8.354 € auf 8.472 € und 2016 auf 8.652 €. Der Kinderfreibetrag wird 2015 von 4.368 € auf 4.512 € und für 2016 auf 4.608 € erhöht. Auch das monatlich gezahlte Kindergeld erhöhen wir rückwirkend ab Januar um 4 € und ab 2016 um weitere 2 € je Kind. Zudem heben wir ebenfalls im kommenden Jahr den Kinderzuschlag für Geringverdiener um 20 € auf 160 € an. Erstmals seit 2004 steigt auch rückwirkend ab 1.1.2015 der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um 600 € auf dann 1.908 €. Neu ist, dass sich der Gesamtbetrag künftig nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder richtet: Für jedes weitere Kind erhöht sich der Entlastungsbetrag um je 240 €. ■

Deutschland übernimmt weltweit Verantwortung

Ein besonderer Schwerpunkt war an diesem Freitag die Verlängerung dreier Bundeswehrmandate: Im Kosovo wird die Bundeswehrebeteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) mit bis zu 1.850 Bundeswehrsoldaten um ein Jahr verlängert. In Mali wird die Beteiligung der Bundeswehr mit unverändert 150 Soldaten an der UN-Unterstützungsmission in Mali (Minusma) um ein weiteres Jahr – bis längstens Ende Juni 2016 – verlängert und im Libanon beteiligt sich die Bundeswehr mit bis zu 300 Soldaten ein weiteres Jahr am maritimen Teil der internationalen Unifil-Mission. Diese Bundeswehrmandate zeigen erneut, wie sich Deutschlands Rolle seit der Wiedervereinigung gewandelt hat. Deutschland leistet als viertgrößte Volkswirtschaft auch im eigenen Interesse seinen Beitrag zur internationalen Sicherheit. Mit unserem weltweiten Engagement wollen wir auch erreichen, dass sich die Lage in den Operationsgebieten verbessert. Es muss unser Ziel sein, Konflikte und Krisen zu befrieden, um so die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern, denn nach wie vor werden viel zu viele Menschen weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung. Wir wollen aber nicht, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen, sondern dass sie eine Zukunft zu Hause haben. ■

Flüchtlingsgipfel kommt zu Ergebnissen

Bund und Länder haben sich bei einem Spitzentreffen unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einen Aktionsplan zum Umgang mit Flüchtlingen geeinigt. Vereinbart wurde neben einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes ein leichter Zugang von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive zu Sprachkursen. Das soll ihre Integration fördern. Zugleich wurde auch festgelegt, die Dauer der Asylverfahren zu beschleunigen und abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschicken. Das betrifft vor allem Asylbewerber aus den Balkanländern, bei denen die Anerkennungsquote praktisch bei null liegt. Ziel ist es, die Verfahren für Bewerber aus diesen Ländern innerhalb von drei Monaten abzuschließen. Während dieser Zeit sollen sie nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden, sondern in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder bleiben. Damit können die Verfahren deutlich beschleunigt werden. Aus den sechs Nicht-EU-Ländern des Balkans kommt derzeit etwa die Hälfte aller Asylbewerber. ■

Gedenktag an Flucht und Vertreibung findet große Zustimmung

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung veröffentlichte am Dienstag eine repräsentative Studie zu Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde. Die Entscheidung der Bundesregierung, den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen am 20. Juni zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung zu erklären, findet in Deutschland die Zustimmung von 53 Prozent der Bevölkerung. An diesem Tag soll neben den weltweiten Opfern von Flucht und Vertreibung auch den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen gedacht werden, die in Folge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verloren. Vor diesem Hintergrund liegt die Zustimmung zum bundesweiten Gedenktag unter den deutschen Heimatvertriebenen mit 73 Prozent noch höher. ■

Anlässlich des ersten bundesweiten Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung wird der Bund der Vertriebenen im „Haus der Landsmannschaften“, Kirchenstr. 9 in Pforzheim-Brötzingen am Sonntag, 11.00 Uhr eine neue Ausstellung eröffnen:
„70 Jahre Flucht, Vertreibung und Deportation“
Die Ansprache hält Gunther Krichbaum